



DGB BILDUNGSWERK

FORUM

Informationen zur Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ethnischer Minderheiten **Mai 2001**

MIGRATION

Nr. 20

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Einwanderung rechtlich gestalten

Ein Gesetz zur Gestaltung der Einwanderung fordert der DGB in einer im April veröffentlichten Erklärung. Damit soll einerseits auf die Tatsache reagiert werden, dass in Folge der Globalisierung Migrationsprozesse entstanden sind, die durch Bürgerkriege, politische Verfolgung und wirtschaftliche Not verstärkt werden. Andererseits ist Zuwanderung nach Deutschland allein schon wegen der demografischen Entwicklung nötig. In der Erklärung des DGB heißt es dazu: „Aufgrund der rapiden Abnahme der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials mit den negativen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme ist die Bundesrepublik auch in Zukunft auf Einwanderung angewiesen.“

Unterschieden wird zwischen zwei Gruppen von Zuwanderern. Zum einen geht es um Asylbewerber und Flüchtlinge. Hier fordert der DGB, dass die nationalen und internationalen rechtlichen Regelungen für deren Aufnahme nicht eingeschränkt werden. Generell sollten auf diesem Feld gesamteuropäische Regelungen entwickelt werden. Die andere Gruppe von Zuwanderern kommt aus arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gründen. Hier muss eine Steuerung stattfinden, da der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Aus- und Weiterbildung der Inländer Vorrang vor der Anwerbung von Arbeitskräften hat. Um mit brauchbaren Zahlen arbeiten zu können, ist es aus Sicht des DGB notwendig, mittelfristige Analysen über den Arbeitskräftebedarf und die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Branchen zu erstellen. Die Festlegung der Einwandererzahlen muss dann im Konsens getroffen werden. Dies könnte von einer ständigen drittelparitätisch durch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-

organisationen besetzten Zuwanderungskommission geleistet werden. Die Auswahl der Einwanderer sollte dabei nach Vorstellung des DGB nach einem Punktesystem durchgeführt werden. Berücksichtigt würden Kriterien wie Alter, allgemeine und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und sonstige integrationsfördernde Faktoren.

Was die Form der Zuwanderung angeht, spricht sich der DGB gegen zeitliche Befristungen aus: „Bei der Gestaltung der Einwanderung gibt der Deutsche Gewerkschaftsbund der regulären und auf Dauer angelegten Einwanderung von Arbeitnehmern den Vorzug vor dem temporären Einsatz von entsandten Arbeitskräften und der kurzfristigen und befristeten Arbeitskräfteanwerbung.“

Eine zentrale Frage bei Zuwanderung ist die Integration derjenigen, die kommen. Hier müssen Angebote organisiert werden, die individuelle Integrationsberatung, Sprach- und Integrationskurse sowie Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt beinhalten. Dies gilt aus Sicht des DGB für alle Zuwanderer unabhängig davon, ob sie aus arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen oder ob sie aus humanitären Verpflichtungen heraus hier Aufnahme finden.

Insgesamt ist eine Neuorientierung nötig, für die in der Öffentlichkeit geworben werden muss. In der DGB-Erklärung heißt es dazu: „Der notwendige Perspektivenwechsel in der Einwanderungspolitik bedarf der Förderung der Akzeptanz in der Bevölkerung, des Abbaus von Vorurteilen und der Veränderung politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen.“

Die Erklärung des DGB ist im **Fax-Abruf** erhältlich:
0211 / 43 01-615 (3 Seiten)

Inhalt

SEITE 2

- **Radio:** Funkhaus Europa
- **Kemnade International:** Orient Inside
- **Notiert:** Gesicht zeigen

SEITE 3

- **Modell Niederlande:** Mehr als Sprachförderung
- **Kindergeld:** Anspruch erweitert

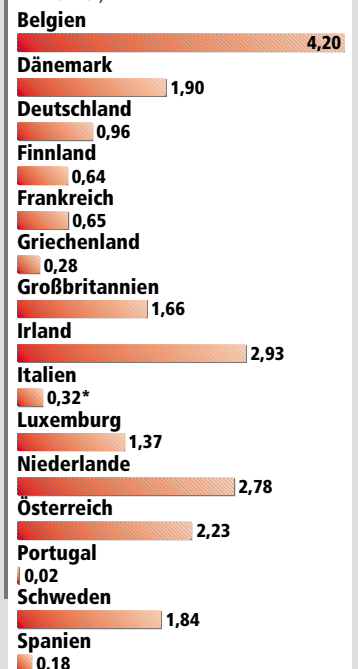
SEITE 4

- „Ein Gebot von Anstand und Moral“
Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender
- **IPPNW:** Traumatisierte Flüchtlinge
- **Handbuch:** KurdInnen in Deutschland

Zahlenwerk

Zahl der Asylbewerber in Relation zur Gesamtbevölkerung der EU-Staaten

(Asylanträge im Jahr 2000 pro 1000 Einwohner)



* Zahl auf Basis einer vorläufigen Schätzung der italienischen Regierung; Quelle: UNHCR

Gesicht zeigen!

Im August 2000 wurde die bundesweite Initiative Gesicht zeigen! gegründet. Initiatoren waren unter anderen Uwe-Karsten Heye, Paul Spiegel und Michel Friedman. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen zu ermutigen, sich gegen rechte Gewalt zur Wehr zu setzen.

Gesicht zeigen! ist aber auch ganz wörtlich zu nehmen. Prominente aus allen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen Patenschaften für bestehende Initiativen.

Am 21. März, dem UN-Tag gegen Rassismus, hat die Aktion Gesicht zeigen! in Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Rat Auftritte von Promis in Schulen organisiert. DGB-Bundesvorstandsmitglied Günter Dickhausen war mit dabei. Zum Beispiel engagieren sich so auch der Sportreporter Manni Breukmann und der Politiker Heiner Geißler, Moderator Günter Jauch und Ex-Boxer Henry Maske.

Informationen unter:

Gesicht zeigen! – Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
Torstraße 124
10119 Berlin
Fax: 030/280 44 813
E-Mail: kontakt@gesichtzeigen.de
Internet: www.gesichtzeigen.de

RADIO

Funkhaus Europa

„...someone still loves you“ besangen Queen vor sicher über 20 Jahren das scheinbar aus der Mode gekommene Radio. Das Medium ist freilich nach wie vor nicht klein zu kriegen, vor allem dann, wenn es putzmunter und weltoffen daherkommt wie Funkhaus Europa.

Dieses Programm von WDR 5 trägt zum einen der Tatsache Rechnung, dass in Nordrhein-Westfalen Menschen aus über 100 Nationen leben. Funkhaus Europa trägt dazu bei, dass sie gegenseitig ihre unterschiedlichen Kulturen kennenlernen können und bietet ihnen Hilfen, wie sie sich in ihrem Lebensmittelpunkt zu rechtfinden können.

Thematisiert werden das Bereichernde des Zusammenlebens, aber auch der Frust, der bisweilen hochkommt. Es geht um Gemeinsames und um Trennendes. All dies aber nicht, um

zu diffamieren, sondern in gegenseitigem Respekt.

Ein anderer Ansatz von Funkhaus Europa: Die aktuellen Ereignisse nicht allein aus einer deutschen Perspektive sehen, sondern aus einer europäischen. Wie wird in den Niederlanden die deutsche Atompolitik gesehen? Was halten die Schweden oder Italiener von der Debatte um die Vergangenheit des deutschen Außenministers?

Dass Funkhaus Europa auch entsprechend multikulturell ausgerichtete Musiksendungen bringt, braucht wohl nicht gesondert erwähnt zu werden.

Fazit: Reinhören lohnt sich. Und das geht bekanntlich dank neuer Technik auch außerhalb des Sendebereichs des WDR.

Funkhaus Europa:

Terrestrisch: 103,3 MHz
Satellitenempfang: ASTRA 1C, Transponder 36 (PHOENIX) 11.009 MHz Polarisation vertikal
Internet: www.funkhauseuropa.de

KEMNADE INTERNATIONAL

Orient Inside

Zum 16. Mal findet vom 22. bis 24. Juni 2001 die Biennale der Weltmusik, Kemnade International, statt. Titel: Orient Inside. Im Mittelpunkt steht dieses Jahr die kulturelle Begegnung mit dem Orient.

Auftreten werden insgesamt 30 internationale Formationen orientalischer Herkunft. Den Schwerpunkt bilden Künstler aus der Türkei und aus der vitalen türkischen Musikszene Nordrhein-Westfalens. In einer Zukunftswerkstatt des Festivals – die in Zusammenarbeit mit

dem Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert wird – ist die türkisch-deutsche Kulturlandschaft ein Schwerpunkt. Daneben gibt es zahlreiche andere Arbeitstagungen und Workshops.

Was nicht fehlen darf: Ein farbenprächtiger orientalischer Bazar, der von lokalen Vereinen und Initiativen organisiert wird.

Veranstaltungsort ist die Wasserburg Kemnade im Natur- und Wasserschutzgebiet des Ruhrtals in der Nähe Bochums.

Informationen: yalla net cologne, Justinastr. 16
50679 Köln, Tel.: 0221/81 32 11, Fax: 0221/81 10 53
E-Mail: festivals@yalla.de, Internet: www.yalla.de

NewsPool

■ „Einem Bericht des Nachrichtenmagazins Newsweek zufolge arbeiten in den USA rund eine Million Menschen unter sklavenartigen Bedingungen. Die meisten dieser neuen Sklaven sind Einwanderer.“

■ „Europa sieht sich, mit einem

modernen Sklavenhandel konfrontiert“, so Paul Higdson, bei Interpol für die Verfolgung von Menschenhandel zuständig. Die internationale Polizeibehörde hatte die entsprechende Abteilung 1999 eingerichtet, um den „am schnellsten wachsenden kriminellen Markt auf der Welt“ einzudämmen.“

■ „In Großbritannien wurde im April 2000 eine Regelung eingeführt, wonach Asylbewerber Einkaufsgutscheine anstatt Bargeld als Unterstützung erhalten. Die Regelung ist nach wie vor umstritten. Gruppen wie Oxfam und der Flüchtlingsrat fordern die zuständige Ministerin Barbara Roche auf, zu der alten Regelung zurück zu kehren.“

■ „Nach einer Ankündigung von Premierminister Guy Verhofstadt soll in Belgien die Unterstützung von Asylbewerbern im wesentlichen in Form von Gutscheinen erfolgen. An Bargeld sollen lediglich 200 Francs (etwa zehn Mark) pro Woche ausgezahlt werden.“

Grundlage für diese Meldungen ist der Informationsdienst Migration News, der von dem Hochschullehrer Philip Martin an der University of California herausgegeben wird. Dieser umfangreiche Dienst, der Informationen aus aller Welt präsentiert, erscheint monatlich in englischer Sprache.

Ein **E-Mail-Abonnement** ist kostenlos. Es kann bestellt werden bei migrant@primal.ucdavis.edu

Eine **gedruckte Version** kostet außerhalb der USA pro Jahr 50 Dollar. Eine Bestellung mit Verrechnungsscheck kann gerichtet werden an: Philip Martin, Department of Ag and Resource Economics, University of California, Davis, California 956 16, USA

„MODELL NIEDERLANDE“

Mehr als Sprachförderung

Wenn über Integration von Ausländerinnen und Ausländern die Rede ist, fällt immer wieder einmal der Begriff des niederländischen Modells. Was es mit diesem „Modell“ auf sich hat, haben im Auftrag des Landesentrums für Zuwanderung NRW drei niederländische WissenschaftlerInnen aufgearbeitet.

Seit dem 30. September 1998 ist das Wet Inburgering Nieuwkomers (Gesetz zur Einbürgerung von Zuwanderern – WIN) in Kraft. Damit wurde ein Schlusspunkt unter eine mehrjährige Diskussion um Integration gesetzt. Mit der Übersetzung von WIN wird bereits ein erstes Problem deutlich: Die AutorInnen verweisen auf politisch-kulturelle Unterschiede zu Deutschland: ‚Inburgering‘ (der niederländische Begriff für Einbürgerung) umfasst den Erwerb von Kompetenzen, die es NeuzuwandererInnen ermöglichen sollen, Anschluss an das niederländische Bildungssystem und den Arbeitsmarkt zu finden und sich als mündige und selbstständige BürgerInnen in der niederländischen Wettbewerbsgesellschaft zu behaupten.“ Es geht also weniger um einen formalen Akt, sondern um einen dynamischen Prozess des ‚Bürger-Werdens‘.

Ein zentrales Anliegen von WIN ist das Erlernen der niederländischen Sprache als wichtigste Voraussetzung für Integration. Allerdings ist dies eingebettet in ein Programm, das auch eine gesellschaftliche Orientierung und eine berufliche Orientierung vermittelt. Grundlage dafür ist eine so genannte Einbürgerungsuntersuchung, bei der Kenntnisse, Ausbildung und Arbeitserfahrung geprüft werden. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Wünsche des Zuwanderers wird ein spezifisches Einbürgerungsprogramm erarbeitet.

Dieses Programm muss abgearbeitet werden, wobei die Zuwanderer persönlich betreut

und begleitet werden. Die Dauer beträgt maximal ein Jahr, den Abschluss bildet eine Prüfung, über die ein Zertifikat ausgestellt wird. Innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung des Einbürgerungsprogramms werden die Betroffenen in eine Anschlussaktivität, etwa Weiterbildung oder in eine Arbeitsstelle vermittelt.

Träger der Einbürgerung sind die Kommunen, die Finanzierung trägt allerdings die Regierung des Königreichs. Im Jahr 1998, für das Zahlen vorliegen, betrugen die Kosten rund 12.600 Gulden pro Zuwanderer.

Das Einbürgerungsprogramm ist für die Betroffenen verpflichtend. Wird dem nicht nachgekommen, können als letztes Mittel Sanktionen verhängt werden. Allerdings gibt es keine Sanktionen für Kommunen, die ihren gesetzlich auferlegten Pflichten nicht nachkommen.

Dies sind nur einige Punkte, die sich aus der Studie ergeben. Für alle, die sich mit Fragen der Integration befassen, ist sie eine wichtige Lektüre.

Mehr als Sprachförderung – eine Studie zur Integration von Neu-Zuwanderern in den Niederlanden. Herausgeber: Landeszentrum für Zuwanderung NRW.

Bezug: Landeszentrum für Zuwanderung NRW
Postfach 11 04 26, 42664 Solingen, Fax: 0212/23 23 918

KINDERGELD

Anspruch erweitert

Ausländer aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien mit einer Duldung, Aufenthaltsgestattung, Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis können – entgegen dem Wortlaut des Einkommenssteuergesetzes – Kindergeld in der auch für Deutsche geltenden Höhe für die Zeiträume beanspruchen, in denen sie in Deutschland als Arbeitnehmer mehr als geringfügig beschäftigt waren oder Arbeitslosengeld oder Krankengeld bezogen haben. Grundlage sind die Sozialabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei bzw. dem früheren Jugoslawien.

Auf diese Tatsache hat die Bundesanstalt für Arbeit in einem Erlass vom 19. Februar 2001 hingewiesen, um damit die neuere Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und des Europäischen Gerichtshofs umzusetzen.

Seminare

Die Ankündigung für die Seminare wird kürzer, wenn die Tage länger werden. Wenn die Tage dann wieder kürzer werden... Richtig.

In aller Kürze also, was es im Mai und Juni zu lernen gibt.

Islam und Gewerkschaften – eine Herausforderung im 21. Jahrhundert. 20. bis 23. Mai
Tagungszentrum IG Medien, Springen.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – Grundkurs Anti-Rassismus-Training. 5. bis 8. Juni, DGB-Bildungszentrum Hamburg-Sasel.

EU-Erweiterung – Chancen und Risiken für Arbeitnehmende. 10. bis 13. Juni, Bildungsstätte IG BAU, Steinbach.

Anmeldungen bei:

DGB-Bildungswerk
Bereich Migration und Qualifizierung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Fax: 0211/4301-134
Jens.Nieth@dgb-bildungswerk.de

Das Bildungsprogramm 2001 **kann bestellt werden** bei:
toennes satz + druck gmbh,
Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211 / 9 20 08 - 38
E-Mail:
Lehmann@toennes-gruppe.de

Nähere **Informationen** und weitere **Hinweise:** Georg Classen c/o Flüchtlingsrat Berlin
Fennstr. 31, 12439 Berlin
Fax: 030/636 11 98
Im Internet: www.proasyl.de
im Verzeichnis „aktuell“

IN EIGENER SACHE

Abo-Möglichkeit: Wer Interesse an Forum Migration hat, kann es kostenlos abonnieren. Wer Forum Migration abonniert hat, kann es weiter empfehlen, wenn er oder sie es für empfehlenswert hält.

Bestellungen an:

DGB-Bildungswerk, Hans-Böckler-Straße 39,
40476 Düsseldorf, Fax: 0211/4301-134

E-Mail: Klemens.Buesch@dgb-bildungswerk.de

IPPNW

Traumatisierte Flüchtlinge

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) hat im letzten Jahr eine bundesweite Unterschriftenaktion für ein Bleiberecht für traumatisierte Flüchtlinge gestartet. Die Ausnahmeregelung für traumatisierte bosnische Flüchtlinge, die die Innenministerkonferenz im November 2000 beschlossen hat, sei zwar zu begrüßen, aus humanitären, medizinischen und rechtlichen Gründen sei es aber geboten, für alle traumatisierten Flüchtlinge ein gesetzlich verbrieftes Bleiberecht zu erwirken.

Bis zum September sollen 50.000 Unterschriften zusammenkommen, die die Organisation, die 1985 den Friedensnobelpreis erhalten hat, dann dem Bundespräsidenten überreichen will.

Informationen und Unterschriftenlisten bei:

IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/693 02 44, Fax: 030/693 81 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, Internet: www.ippnw.de

HANDBUCH

KurdInnen in Deutschland

„KurdInnen in der Bundesrepublik Deutschland“ ist der Titel eines Handbuchs, das von NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien herausgegeben wurde. Unterteilt in wissenschaftlich orientierte und praxisorientierte Beiträge bieten die Aufsätze einen Einblick in das Leben von KurdInnen in Deutschland, aber auch einige Informationen über die Situation in den Herkunftsländern.

Das Handbuch, dessen Entstehen vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit und Soziales unterstützt wurde, will nicht zuletzt durch Information ein gegenseitiges Verständnis fördern.

KurdInnen in der Bundesrepublik Deutschland. Herausgeber: NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V. Bonn, 1999. 440 Seiten, DM 32,-

Bestellungen über den Buchhandel:

ISBN 3-933279-10-0, oder beim Herausgeber NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien, Bornheimer Str. 20-22, 53111 Bonn, Tel. 0228/65 29 00 Fax: 0228/65 29 09, E-Mail: info@navend.de

Kommentar

EINE FRAGE VON ANSTAND UND MORAL



Frank Bsirske
(ver.di-Vorsitzender)

In der anhaltenden Diskussion um Fremdenfeindlichkeit in Deutschland sollte eines deutlich geworden sein: Es ist ganz einfach ein Gebot von Anstand und Moral, den rassistischen Totschlägerbanden entgegen zu treten, jenen, die meinen, sie hätten das Recht, andere Menschen zu Freiwild zu erklären. Das ist das eine. Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass sich Fremdenfeindlichkeit gegen die gesamte Gesellschaft richtet. Die Zuwanderer, die (heute) Opfer werden, sind nämlich Teil dieser Gesellschaft. Wenn darüber Einigkeit besteht, verschwindet nicht automatisch die braune Ideologie aus den Köpfen, aber diejenigen, in deren Köpfen sie steckt, können sich nicht länger als Vollstrecker von Mehrheitsmeinungen empfinden. Sie

sind dann sichtbar isoliert. Diese Einigkeit ist aber bisweilen so ganz klar nicht. Unübersehbar wird das zum Beispiel, wenn Politiker sonntags über Toleranz reden und in der Woche versuchen, mit Sprüchen wie „Kinder statt Inder“ Wahlen zu gewinnen. Eine wichtige Voraussetzung, deutlich zu machen, dass die Migranten dazu gehören, ist eine möglichst weitgehende rechtliche Gleichstellung. Unsere Städte müssen Migranten, die dauerhaft hier wohnen, volle Bürgerrechte bieten. Denn Städte, in denen in 20, 30 Jahren – so die Prognosen – 30 bis 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ohne Wahlrecht sind, könnten sich in meinen Augen nicht mehr demokratisch nennen. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen aber auch Handlungsmöglichkeiten auf unserem ureigenen Terrain stärker nutzen. Tun wir in den Betrieben und Verwaltungen wirklich schon genug? Dazu ein Beispiel: Sieht

man einmal vom Beamtenrecht ab, sind die ausländischen Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitswelt rechtlich gleichgestellt – zweifellos ein großer Vorteil gegenüber ihrer Stellung in der Gesellschaft insgesamt. Um klar zu machen, dass sie nicht nur formal gleich sind, sondern dazu gehören, haben sich Betriebs- und Dienstvereinbarungen gegen Diskriminierung als effektives Mittel erwiesen – und zwar nicht nur, weil Leute, die sich daneben benehmen, belangt werden können, sondern auch, weil so Diskriminierung und Gleichheit zu Themen in den Betrieben werden und die Kolleginnen und Kollegen mit wacherem Auge hinschauen, was geschieht. Von diesen Vereinbarungen gibt es noch zu wenige. Aber da, wo es sie gibt, sollten wir sie nicht verstecken. Wir sollten sie innerhalb der Gewerkschaften und in den öffentlichen Debatten bekannter machen und zur Nachahmung empfehlen.

Impressum

FORUM MIGRATION

Herausgeber: DGB-Bildungswerk e.V., Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel: 0211/43 01-141 (-351) Erscheinungsweise monatlich Verantwortlich für den Inhalt und Koordination: Leo Monz Redaktion: Bernd Mansel, Berlin Layout: Zang Grafik Design, Sprockhövel Druck und Vertrieb: toennes satz + druck gmbh, Erkrath Forum Migration wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.